

## Aktuelle Positionen zur österreichischen Energiepolitik

Horvath, Patrick; Gutschick, Reinhold

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Horvath, P., & Gutschick, R. (2009). Aktuelle Positionen zur österreichischen Energiepolitik. *SWS-Rundschau*, 49(4), 519-524. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-322950>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Aktuelle Positionen zur österreichischen Energiepolitik

Patrick Horvath/Reinhold Gutschik (Wien)

Patrick Horvath/Reinhold Gutschik: *Aktuelle Positionen zur österreichischen Energiepolitik* (S. 519–524)

Der Beitrag präsentiert ausgewählte Ergebnisse einer aktuellen Studie zu Fragen der Energiepolitik in Österreich. Daten aus einer repräsentativen Umfrage werden mit Stellungnahmen von ExpertInnen in Verbindung gebracht. Bei der Energiegewinnung aus herkömmlichen Energieträgern wird der Wasserkraft im Vergleich zu Kohle und Öl der Vorzug gegeben, im Detail besteht allerdings ein differenziertes Meinungsbild zur Wasserkraft. Generell befürwortet wird einerseits Österreichs Weg, auf den Bau eigener Kernkraftwerke zu verzichten – im Unterschied zu einigen anderen EU-Mitgliedsländern. Weitgehender Konsens besteht andererseits bei der Bedeutung der Energieeffizienz. In diesem Bereich wären konkrete Maßnahmen in der näheren Zukunft daher am ehesten umsetzbar.

*Schlagnote:* Energiepolitik, Kraftwerksbau, Energie-Außenpolitik, Kernenergie

Patrick Horvath/Reinhold Gutschik: *Current Positions on Austrian Energy Policy* (pp. 519–524)

The article presents selected results of a recent study on energy policy issues in Austria. Data from a representative survey are being connected with expert statements. Concerning energy production from conventional sources, hydropower is favoured over coal and oil, but the range of opinions reflects mixed perceptions about hydropower as well. Generally supported is Austria's position to abstain from the building of new nuclear power plants – unlike some other European Union countries. There is a far-reaching consensus on the importance of energy efficiency. In this area, therefore, the implementation of concrete measures would be most likely in the near future.

*Keywords:* energy policy, building of power plants, energy foreign policy, nuclear energy

## 1. Einleitung

Die vorliegende Forschungsnotiz fasst die Hauptergebnisse einer explorativen Studie zusammen, die den Titel trägt: »Energiepolitische Konzepte und wirtschaftliche Realität: Gesamtbild der energiepolitischen Konzepte Österreichs im Lichte von Umfragedaten, ExpertInneninterviews und Evaluierungen aus der energiewirtschaftlichen Praxis«. Das Projekt wurde im Auftrag des in Wien ansässigen außeruniversitären Forschungsinstituts WIWIPOL<sup>1</sup> durchgeführt, seine Finanzierung erfolgte durch den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank.<sup>2</sup>

## 2. Motive für die Erstellung der Studie

Wir leben in einer Zeit, in der eine schwerwiegende Wirtschaftskrise das ökonomische Wachstum und den Arbeitsmarkt belastet. Die Oesterreichische Nationalbank erwartet in einer Prognose für 2009 ein Schrumpfen der österreichischen Wirtschaft um 3,5 bis 3,8 Prozentpunkte.<sup>3</sup> Obwohl für 2010 ein erneutes Wachstum für möglich gehalten wird, wird Maßnahmen zur Konjunkturbelebung gegenwärtig hohe politische Priorität eingeräumt. Verstärkten Investitionen im Energiebereich könnte eine Schlüsselrolle zur Überwindung der Wirtschaftskrise zukommen. Laut »Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs« (VEÖ)<sup>4</sup> plant die österreichische E-Wirtschaft im Rahmen ihres Energiepakets bis 2020 Investitionen von mehr als 15 Mrd. Euro. Dabei geht es vor allem um den umfangreichen Ausbau der Wasserkraft, anderer erneuerbarer Energieträger sowie der Leitungsinfrastruktur. Opinion Leader wie der ehemalige Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch, der als einer der bekanntesten Befürworter der stärkeren Realisierung von Infrastruktur in Österreich gelten kann, unterstützen den geplanten Ausbau in Verbindung mit weiteren Energieeffizienzmaßnahmen – u. a. um die künftige Energieversorgungssicherheit und Importunabhängigkeit Österreichs sicherzustellen (Androsch 2009).

Aus vergangener Forschung ist allerdings das Konfliktpotenzial rund um den Ausbau von Energieinfrastruktur bekannt (Gutschik/ Horvath/ Weinzierl 2007). Die Auseinandersetzungen um die Kraftwerksstandorte Hainburg und Zwentendorf sind besonders prägende Konflikte der österreichischen Zeitgeschichte, in denen ökonomische und ökologische Interessen aufeinander prallten, und die in der Nichtrealisierung der Projekte mündeten. Die Studie soll vor diesem Hintergrund aktuelle Chancen im Sinn gesellschaftlicher Voraussetzungen für die Realisierung von Energieinfrastruktur beleuchten.

1 »Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik« (<http://www.wiwipol.at>).

2 Projekt Nr. 13.121, Projektleitung: Dr. Erhard Fürst, Projektmitarbeiter: Mag. Reinhold Gutschik, Mag. Patrick Horvath, Projektberatung: Mag. Ditmar Wenty, Laufzeit: Juli 2008 bis Juni 2009.

3 Bericht von Reuters Deutschland vom 1. 9. 2009, verfügbar unter: <http://de.reuters.com/article/economicsNews/idDEBEE58006820090901>, 4. 9. 2009.

4 [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20090306\\_OTS0053](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090306_OTS0053), 4. 9. 2009.

### 3. Fragestellungen und Inhalte der Untersuchung

Es wurden zwei Forschungsziele verfolgt:

- Erhebung eines aktuellen Meinungsbildes zu ausgewählten/ wichtigen energiepolitischen Fragen in der österreichischen Bevölkerung.
- Bestandsaufnahme der aktuellen energiepolitischen Konzepte relevanter Institutionen in Österreich mit anschließender Herausarbeitung vorhandener Konsens- und Konfliktlinien.

### 4. Methodik

Entsprechend dieser Zielsetzung wurden zwei sozialwissenschaftliche Methoden angewendet:

- Durchführung einer repräsentativen Umfrage in der österreichischen Bevölkerung (n = 763, März 2009); Kooperation mit der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS), die die Feldarbeit durchführte.<sup>5</sup>
- Durchführung von qualitativen ExpertInneninterviews (n = 25, Jänner bis Juni 2009). Der ExpertInnenmix umfasste die energiepolitischen SprecherInnen aller im Nationalrat vertretenen Parteien, die LeiterInnen der Energiebereiche in sämtlichen Sozialpartner-Organisationen<sup>6</sup> und ausgewählte EnergieexpertInnen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Weitere Befragungen aus den Bereichen »Elder Statesmen«, Öffentliche Energieinstitutionen,<sup>7</sup> Wirtschaftsforschung und Energieberatung sowie Energiewirtschaft ergänzten deren Sichtweise.

### 5. Interpretation ausgewählter Ergebnisse

Die ExpertInneninterviews lieferten aufgrund des großen Spektrums thematisierter Inhalte eine Vielzahl von Ergebnissen. Im Folgenden soll versucht werden, auf das Thema »Zukunft der Energieträger« zu fokussieren, und besonders auf jene Teile der qualitativen Ergebnisse einzugehen, die den stärksten Bezug zur Umfrage aufweisen.

Grundsätzlich stößt der Bau neuer Kraftwerke auf hohe Akzeptanz in der österreichischen Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der Information, dass gegenwärtig Strom importiert wird, stimmen 69 Prozent der Aussage »Wir brauchen neue Kraftwerke« zu. Ebenfalls eine Mehrheit (56 Prozent) bekennt sich zu stärkerer Energieeffizienz (»Durch Stromsparen kann auf den Bau neuer Kraftwerke verzichtet werden«) im Vergleich zu 39 Prozent, die sich explizit skeptisch zeigen. Die besondere Bedeutung der Energieeffizienz wird auch von den interviewten ExpertInnen mehrfach betont. Dabei spannt sich der Bogen von der ÖVP über die Arbeiterkammer bis zu Greenpeace.

5 Ausgewählte Umfrageergebnisse sind in den SWS-Bildstatistiken in dieser Ausgabe der SWS-Rundschau dokumentiert (S. 513–518).

6 Bundesarbeitskammer, Bundeswirtschaftskammer, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern (zusätzlich: Industriellenvereinigung).

7 Energieagentur und die Regulierungsbehörde E-Control.

Eine Mehrheit von 58 Prozent äußert sich wiederum ablehnend zur Aussage »Wir können immer Strom aus dem Ausland importieren«. In Bezug auf den Bau neuer Kraftwerke wurde nach dem möglichen Beitrag der einzelnen Kraftwerkstypen gefragt. Die Formulierung lautete: »Wenn man sich für den Bau neuer Kraftwerke in Österreich entscheidet, wie viel können diese – Ihrer Meinung nach – zur Stromversorgung beitragen?« Kohle und Gas schneiden dabei schlecht ab: 69 bzw. 57 Prozent erwarten, dass der Ausbau dieser Energieträger »sehr wenig« und »eher wenig« dazu beitragen kann. Umgekehrt setzen 78 Prozent (kann »sehr viel« und »eher viel« zur Stromversorgung beitragen) Hoffnung in Sonnen- und Windenergie. Überwältigend die Zustimmung zur Wasserkraft: 86 Prozent erwarten, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Stromversorgung leisten kann.

Beim Thema »Ausbau der Wasserkraft« besteht auch zwischen den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP und den Sozialpartnern zustimmender Konsens. Die Oppositionsparteien äußern sich ebenso grundsätzlich positiv dazu. Dabei hebt die FPÖ die Möglichkeiten der Kleinwasserkraft besonders hervor, während die Grünen die Beachtung ökologischer Aspekte sehr stark einmahnen. Das BZÖ wiederum bekennt sich ausdrücklich zur Großwasserkraft und zur Notwendigkeit, deren Ausbau den BürgerInnen zu vermitteln. Die NGO-Seite kritisiert die Wasserkraft eher: ATTAC sieht einen weiteren Ausbau skeptisch, Greenpeace und Global 2000 betrachten zwar Wasserkraft als relativ saubere Energieform, räumen aber zugleich bei unverbauten Flüssen dem Naturschutz einen hohen Stellenwert ein. Das Konfliktpotenzial ist also bei den politischen Akteuren grundsätzlich noch vorhanden.

Angesichts der Umfrageergebnisse stellt sich die Frage, ob in der Bevölkerung nicht eine Neubewertung des einstmals umstrittenen Falles Hainburg erfolgt ist. Auf die Frage »Würden Sie den Bau eines neuen Wasserkraftwerkes in Hainburg befürworten?« antworten 23 Prozent der Bevölkerung mit »Ja, auf alle Fälle«, 27 Prozent mit »Nein, auf keinen Fall«. 47 Prozent stimmen der Formulierung zu: »Unter Umständen, wenn die Planung auf die Umwelt maximal Rücksicht nimmt.« Wenn man die absolut und bedingt zustimmenden Kategorien zusammenzählt, äußern sich daher ca. drei Viertel der Bevölkerung grundsätzlich positiv zum Bau eines Wasserkraftwerkes in Hainburg. Es soll nicht behauptet werden, dass das Projekt heute keinerlei Konfliktpotenzial in sich birgt, aber die Meinung der KraftwerksgegnerInnen scheint weit entfernt von gesellschaftlicher Hegemonie. Insofern bestehen möglicherweise sogar günstige gesellschaftliche Voraussetzungen für die Realisierung von einstmals umstrittenen Projekten.

Eine Frage der Untersuchung widmete sich auch dem Energieträger Gas: Zum Zeitpunkt der Umfrage lag der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine vom Jänner 2009, der vorübergehend zu einem Ausfall der Gaslieferungen nach Westeuropa geführt hatte, zwei Monate zurück. Auf die Frage »Hat Sie der Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine hinsichtlich der Energieversorgung Österreichs beunruhigt?« antworteten 48 Prozent mit »Ja« und 50 Prozent mit »Nein«.

In den ExpertInneninterviews setzen die Sprecher von SPÖ und ÖVP auf die Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses zu Russland bei einer gleichzeitigen

Diversifizierung der Versorgungswege – dabei besteht weitgehend Konsens mit den Vertretern der Sozialpartnerschaft. Von ÖVP-Seite wird darauf hingewiesen, dass die Abhängigkeit auf Gegenseitigkeit beruhe, weil Russland budgetär vom Verkauf der Energie abhängig sei, und auch die Wichtigkeit gemeinsamer Vorgehensweisen in der europäischen Außenpolitik wird hervorgehoben. Die Oppositionsparteien FPÖ, BZÖ und Grüne setzen bei diesem Themenbereich auf stärkere Energieunabhängigkeit, die durch den Ausbau erneuerbarer Energien erreicht werden soll. Speziell der Bau der Nabucco-Pipeline von der Türkei nach Österreich wird skeptisch betrachtet, etwa von der FPÖ, die dadurch eine Stärkung der Türkei in den EU-Beitrittsverhandlungen befürchtet.

Bei der ablehnenden Haltung zur Atomkraft besteht Konsens unter Sozialpartnern, politischen Parteien und NGOs. Als Begründungen werden realpolitische Gründe (mangelnde Mehrheiten bzw. entsprechende Umfrageergebnisse), Probleme bei der Endlagerung und Folgekosten angeführt. Auch der Umstand, dass andere Länder eine gegenteilige Politik betreiben, vermag an der Haltung der österreichischen Akteure nichts zu ändern.

Diese Position wird von den aktuellen Umfrageergebnissen untermauert: Selbst vor dem Hintergrund zugespitzter Szenarien hinsichtlich der Energieerzeugung bildet nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit der ÖsterreicherInnen die Erzeugung von Kernenergie für Österreich keine erstrebenswerte Option. Die Frage »Falls der Weltwirtschaft Erdöl und Erdgas ausgehen, sollten wir dann in Österreich Kernkraftwerke zur Stromversorgung errichten?« beantworten 75 Prozent der Befragten mit »Nein«, und auch angesichts des Gaskonflikts mit Russland lehnen 81 Prozent die Idee ab, gemeinsam mit der Slowakei ein Kernkraftwerk mit einem Standort jenseits der österreichischen Staatsgrenze zu betreiben.

Die weitgehende Ablehnung der Atomenergie unterscheidet Österreich von weiten Teilen der Europäischen Union. Im EU-Durchschnitt befürworten nach dem »Spezial-Eurobarometer 297« (2008) 44 Prozent die Kernenergie, in Frankreich sind es beispielsweise 52 Prozent, in Tschechien sogar 64 Prozent.

## 6. Fazit

Die Studie führt je nach Thema zu einer Vielzahl von Detailergebnissen, aus denen Handelnde im Bereich Energie eigenständige Schlüsse ziehen können. Auffallend ist aber auf jeden Fall der weitgehende Konsens im Bereich Energieeffizienz, der sich daher als Handlungsfeld empfiehlt. Möglicherweise bestehen auch günstige Voraussetzungen für den Ausbau von Wasserkraft, der vom Konsens der Regierungsparteien, Sozialpartner und der Bevölkerungsmeinung unterstützt wird, und zu dem sich auch die Oppositionsparteien zumindest grundsätzlich bekennen.

## Literatur und Quellen

Androsch, Hannes (2009) *Plädoyer für eine Energiewende*. In: Umweltschutz, Nr. 7, 42–43, auch verfügbar unter: <http://www.androsch.com/media/news/Umweltschutz%207%2009.pdf>, 5. 9. 2009.

Gutschik, Reinhold/ Horvath, Patrick/ Weinzierl, Rupert (2007) *Konflikte um Infrastrukturprojekte in Österreich – Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft*. In: SWS-Rundschau, Nr. 2, 218–242.

Spezial-Eurobarometer 297/ Welle 69.1 – TNS-Opinion & Social (2008) *Einstellung zu radioaktiven Abfällen. Befragung Februar – März 2008*. Bericht im Auftrag der Generaldirektion Energie und Verkehr und Koordination von der Generaldirektion Verkehr. Brüssel, auch verfügbar unter: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_297\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_297_de.pdf), 6. 9. 2009.

## Internetadressen

<http://de.reuters.com/article/economicsNews/idDEBEE58006820090901>, 5. 9. 2009.

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20090306\\_OTS0053](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090306_OTS0053), 4. 9. 2009.

<http://www.wiwipol.at>

*Kontakt:*  
*office@wiwipol.at*